

*Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 7-8/2021: *China(kompetenz)*. Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung. Kostenfrei verfügbar unter <[www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/326894/chinakompetenz](http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/326894/chinakompetenz)> und <[www.bpb.de/apuz/326877/chinakompetenz](http://www.bpb.de/apuz/326877/chinakompetenz)>

Mit der zunehmenden öffentlichen Diskussion über den Umgang mit China und dem Fehlen einer notwendigen „Chinakompetenz“ in der Gesellschaft ist es auch für unser Fach, das sich primär Sprachvermittlung zur Aufgabe gemacht hat, immer wieder wichtig, sich auch den größeren bildungspolitischen Gesamtzusammenhang vor Augen zu führen und die damit verbundenen Diskussionen zu beobachten.

Zunehmend wird auch außerhalb unseres Fachverbands Chinesisch e. V. festgestellt, dass trotz der zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung Chinas substanzielle Kenntnisse zu China jenseits politischer Schlagworte kaum Bestandteil des Weltwissens junger Menschen sind (was natürlich ebenso für andere asiatische oder afrikanische Kulturräume gilt). Die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) forderte im Jahr 2020 mehr Kompetenz in der deutschen Wissenschaft in Bezug auf Wissens- und Technologieaustausch mit China.<sup>1</sup> Die im Jahr 2018 erschienene Studie „China kennen, China können“ des Mercator Institute of China Studies (MERICS)<sup>2</sup> unterstreicht diese Defizite auf der Ebene der allgemeinen China-Kompetenz wie des Chinesischunterrichts, und schlug erste Lösungsansätze zu einer künftigen stärkeren Einbindung entsprechender Kenntnisse in das bundesdeutsche Bildungssystem vor. Wie allerdings diese allseitig gewünschte „China-Kompetenz“ zu definieren oder gar zu taxonomieren sei, bleibt – jenseits von Sprachkenntnissen – jedoch nach wie vor reichlich diffus. Insofern ist es zu begrüßen, dass mit diesem Heft „Aus Politik und Zeitgeschichte“ den immer wieder zu beobachtenden Wissensdefiziten in Bezug auf China besondere Aufmerksamkeit zuteil wird – auch wenn die Frage nach einer genaueren Definition darin nur punktuell beantwortet werden kann.

Der in das Thema einführende Essay „Hier könnte ein Satz über einen Drachen stehen“ der Journalistin Lin Hierse sieht die starke Fokussierung auf wirtschaftliche Kooperationsprojekte in Deutschland kritisch und beklagt das Fehlen eines echten Interesses an China in seinen historischen und kulturellen Dimensionen jenseits einer utilitaristischen „chinaspezifischen Wirtschaftskompetenz“. Die mediale Berichterstattung über China neige außerdem dazu, Ängste und Stereotypisierungen zu schüren. Das kritische Hinterfragen der eigenen Chinabilder stellt für sie das eigentliche Kernthema einer angestreb-

---

<sup>1</sup> Expertenkommission Forschung und Innovation (2020), *Gutachten 2020*. Darin Kernthema B3: Wissens- und Technologieaustausch zwischen Deutschland und China, online: <[www.e-fi.de/fileadmin/Assets/Gutachten/EFI\\_Gutachten\\_2020.pdf](http://www.e-fi.de/fileadmin/Assets/Gutachten/EFI_Gutachten_2020.pdf)> (Zugang: 26.02.2021).

<sup>2</sup> Matthias Stepan et al. (2018), *China kennen, China können. Ausgangspunkte für den Ausbau von China-Kompetenz in Deutschland*, Merics China Monitor 45/2018.

ten interkulturellen, auf China orientierten Kompetenz dar. Sie vermisst differenzierte Darstellungen chinesischer Lebenswelten und fordert, die sogenannte Chinakompetenz als unbedingte Notwendigkeit für das Verständnis unserer Welt zu betrachten.

Christoph Müller-Hofstede („China(kompetenz) in der politischen Bildung“) stellt die Frage, inwieweit angesichts der 30 Jahre aufrecht erhaltenen, nun aber verloren scheinenden „Wette des Westens“ auf Konvergenz und Liberalisierung in China die aktuellen unterschiedlichen Wahrnehmungen und Projektionen bezüglich Chinas im Rahmen politischer Bildungsarbeit sinnvoll aufgearbeitet werden können. Die einfachste Form der Bearbeitung sei natürlich die Auseinandersetzung mit China als systemischem Rivalen (ähnlich wie dies früher in der Bundesrepublik gegenüber dem Warschauer Pakt und der DDR betrieben wurde), die aber wiederum auch den Blick auf die eigenen (digitalen und geopolitischen) Ressourcen und Realitäten beinhalten müsse, bei denen es Europa immer noch an Perspektiven und Initiativen mangelt. Müller-Hofstede warnt davor, es bei einer europäischen Binnenperspektive zu belassen, sondern mahnt eine aktive Auseinandersetzung mit den innerhalb von China geführten Diskursen, chinesischen Befindlichkeiten und kollektiven Erinnerungen an, die allzu selten in westliche Wahrnehmungen von China Eingang finden. In diesem Sinne sei eine Unterstützung und „Dialogbereitschaft“ mit einer Vielfalt chinesischer Positionen erhaltenswert, auch wenn diese durch manche Entwicklungen im aktuellen China deutlich erschwert würde.

Ebenso macht sich die Heidelberger Sinologin Marina Rudyak für eine stärkere Wahrnehmung chinesischer Positionen im bis heute orientalistisch geprägten Diskurs über China stark. Europa könne sich seine lange gehegte „China-Ignoranz“ nicht mehr leisten. Sie unterstreicht unter dem Titel „Keine Orchidee. Über Chinakompetenz und Sinologie“ die Funktion von Sinologinnen und Sinologen als sogenannte „China-Broker“, denen inzwischen angesichts zunehmender chinesischer Präsenz und Investitionen bei zunehmender Wissensasymmetrie gegenüber China eine zentrale Funktion an allen Institutionen und Unternehmen zukomme, an denen inzwischen Chinakompetenz gefordert ist, die aber „traditionell nie mit China zu tun hatten“. Sie beklagt einerseits die fehlende Wahrnehmung der Chinawissenschaften / Sinologien in der Öffentlichkeit und andererseits die verbreitete Akzeptanz von Personen, die kein Chinesisch lesen könnten, als „China-Experten“, die weder Kompetenz noch Sensibilität für in chinesischer Sprache zugängliche Informationen besitzen und häufig Second-Hand-Wissen aus China verbreiten – das wiederum von der VR China aus selbst strategisch gesteuert wird. Sie beklagt die beeindruckende Unverhältnismäßigkeit von Nordamerikastudien gegenüber Chinawissenschaften in der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft (allein die Zahl der Professuren am John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien an der Freien Universität Berlin entspricht in

etwa derjenigen für Sinologie / Chinawissenschaften in ganz Deutschland) und die fehlende Einsicht, dass die für China-Expertise erforderlichen Kompetenzen zu häufig gegen andere Qualifikationen aufgerechnet und dann nicht genutzt werden. Sie fordert, auch am Beispiel der von Sinologinnen und Sinologen bereits früher als von der deutschen Politik realisierten Gefahr des Coronavirus, eine Übernahme des angloamerikanischen Prinzips der „Revolving Doors“ zwischen Hochschulen und Ministerien / Behörden, um den erforderlichen chinawissenschaftlichen Impact erreichen zu können.

Der seit dem Jahr 2007 in Nottingham arbeitende Politikwissenschaftler Andreas Fulda („China und die Wissenschaft in Großbritannien“) illustriert den auch finanziellen Einfluss Chinas auf die zunehmend nach marktwirtschaftlichen Prinzipien arbeitende britische Hochschul- und Wissenschaftspolitik der letzten zehn Jahre, um die hohe Relevanz einer „politisch verstandenen Chinakompetenz“ in Europa zu unterstreichen. Seit dem Amtsantritt Xi Jinpings lässt sich ein zunehmender Angriff auf die Freiheit der Wissenschaft in der VR China beobachten und belegen, der inzwischen auch auf Hongkong übergreifen hat. Britische Universitäten sind inzwischen vermehrt im Interesse ihrer eigenen Reputation angehalten (wenngleich nicht wie in Australien gezwungen), die Förderung ihrer Programme und Projekte durch ausländische Institutionen offenzulegen.

Andrea Frenzel und Nadine Godehard von der Stiftung Wissenschaft und Politik sehen in „Mehr Chinakompetenz für eine strategische Chinapolitik“ dem Titel entsprechend die Bildung von gesellschaftlicher Chinakompetenz als notwendigen Teil einer europäischen China-Strategie, auch, um eigene deutsche bzw. europäische Positionen mittels eines „tiefgehenden Verständnis des Gegenübers (...) mit mehr Bestimmtheit (...) vertreten zu können“ (S. 27), was durch die Verschärfung des Tonfalls der Medien gegenüber China und durch die erschwerten Zugänge nach China deutlich schwieriger geworden ist. Sie fordern eine europaweite Förderung von Chinakompetenz in der Gesellschaft, auch um eine Ausdifferenzierung der Beziehungen mit China zu ermöglichen, und beschreiben erste Initiativen der deutschen Regierung, die Problembewusstsein illustrieren, bringen jedoch auch ihre Zweifel zum Ausdruck, ob dies ohne eine deutlich breiter angelegte Auseinandersetzung mit China gelingen kann. Sie betonen die Notwendigkeit von Sprachkompetenz, fundiertem Wissen und Fähigkeiten der interkulturellen Kommunikation: „Fortgeschrittene Chinakompetenz befähigt auf dieser Grundlage dazu, politische Botschaften im Umgang mit chinesischen Partnern zu entschlüsseln und gesellschaftliche Unterschiede zu berücksichtigen, ohne Chinaexpertise schlicht mit Chinaerfahrung gleichzusetzen“ (S. 29). Sie benennen einzelne Komponenten dieser Chinakompetenz wie eine Diversifizierung der Anwendungsbereiche für chinabezogenes Wissen, Dialogfähigkeit im Sinne einer Ambiguitätstoleranz sowie die notwendige Stärkung von chinabezogenem Wissen an Schulen. Beschreibungen der uns bekannten bildungs-

politischen Situation des Fachs Chinesisch an Schulen werden dem ebenso großen Dilemma des „brachliegenden Potenzials“ des Fachunterrichts in gesellschaftswissenschaftlichen Fächern in Bezug auf chinabezogenes Wissen gegenübergestellt. Die Autorinnen unterstreichen darüber hinaus die Bedeutung und notwendige Unterstützung von Schüleraustausch und die Aufrechterhaltung des Kontakts mit China wie die Notwendigkeit von gesamteuropäischen Initiativen zur Stärkung der Chinawissenschaften, des akademischen Austauschs sowie der gesellschaftswissenschaftlichen Schulfächer in Bezug auf China.

Die Politikwissenschaftlerin Ying Huang zeichnet in „Werte oder Interessen? Maximen deutscher und europäischer Chinapolitik“ die Entwicklungslinien der deutsch-chinesischen Politik seit dem Zweiten Weltkrieg nach und illustriert den damit verbundenen Balanceakt zwischen Werte- und Interessenpolitik, die, wie sie zeigt, auf beiden Seiten fast immer von Letzterer dominiert wurde. Abschließend unterstreicht sie die machtpolitische Asymmetrie zwischen Deutschland und China, der nur durch eine einheitliche Position der EU begegnet werden kann, und gibt der Befürchtung Ausdruck, dass eine möglicherweise stärker wertegeleitete Außenpolitik Deutschlands in der Zukunft die Konfrontation verstärken dürfte.

Zuletzt betont Jens Damm in „Das ‚andere China‘? Was wir über Taiwan wissen sollten“, dass eine Betrachtung der VR China ohne die Wahrnehmung und Betrachtung Taiwans unvollständig bleiben muss, da sich dort alternative, gleichwohl chinesisch dominierte Konzeptionen von Gesellschaft und Demokratie entwickelt haben, die außerordentlich geeignet sind, dem Eindruck der tendenziell monolithisch wahrgenommenen Volksrepublik ein anderes, demokratischeres und diverseres Chinabild entgegenzusetzen.

Aus Sicht von jemandem, der vor allem die Sprache und ihre Vermittlung in den Fokus nimmt, wird in diesen Texten noch einmal deutlich, welche zentrale Rolle bei aller (sprachlichen) Verständigung regionalspezifisches, kultur- und gesellschaftsbezogenes sowie politisches Wissen über China und metasprachliche Wissenswelten spielen. Erfolgreicher Chinesischunterricht benötigt auch alle diese Inhalte, um im eigentlichen Sinne sinnstiftend zu werden. Auch und gerade im Interesse der von der Bundeszentrale für politische Bildung als Kernziel formulierten Festigung eines demokratischen Bewusstseins erscheint China geradezu als ideales Gegenüber, an dem junge Menschen Weltbilder, kulturelle Prägungen oder Möglichkeiten der Partizipation in kontroversen Diskussionen verhandeln können. Dafür benötigt unsere Gesellschaft allerdings – wie dieses wichtige Heft fordert – zunächst weitaus mehr Wissen über China in all seinen historischen, gesellschaftlichen und politischen Dimensionen.

Dieses Beklagen der mangelnden Auseinandersetzung mit chinesischen Wissenswelten muss zu einer stärkeren Förderung des Chinesischunterrichts, aber auch zu einer Auseinandersetzung mit seinen außersprachlichen Lehr-

zielen, seinen Spezifika, Möglichkeiten und Grenzen gegenüber europäischen Sprachfächern führen. Solange selbst chinawissenschaftliche Studiengänge ihren Sprachunterricht auf den Umfang von 50 ECTS oder 40 SWS über 3 Jahre beschränken (müssen), solange unser Bildungssystem auch keinerlei Möglichkeiten der dezidierten sprachlichen (v. a. schriftlichen!) Förderung des Potenzials von bilingual aufwachsenden jungen Menschen anbietet, und Chinesisch im Fremdsprachenkanon wie (das aus vielfachen Gründen vergleichsweise rasch zu erlernende) Spanisch betrachtet wird, erscheinen die Wünsche einer intensiveren gesellschaftlichen oder fachlichen Auseinandersetzung mit chinesischsprachigen Diskursen noch recht utopisch. Aber die Debatte hat begonnen und es ist an uns, uns daran zu beteiligen.

Andreas Guder